Nacht-Ausgabe.
Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Dienstag, 16. Juni	Nr. 782

Telegrammwechsel zwischen dem Führer und Rosenberg.

München, 16. Juni. Anläßlich der Reichstagung der NS-Kulturgemeinde in München sandte Reichsleiter Alfred Rosenberg an den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler folgendes Telegramm:

„Mein Führer! Tausend auf der Reichstagung der Nationalsozialistischen Kulturgemeinde in der Hauptstadt der Bewegung versammelte Amtswalter grüßen Sie, mein Führer, in unwandelbarer Treue und versprechen weitere unermüdliche Arbeit im Dienste Ihrer Idee und damit im Dienste der kulturellen Erneuerung des deutschen Volkes. Heil, mein Führer! (gez.) Alfred Rosenberg".

Darauf antwortete der Führer mit folgendem Telegramm:

„Den in München versammelten Amtswaltern der Nationalsozialistischen Kulturgemeinde danke ich für die mir telegraphisch übermittelten Grüße. Ich erwidere sie mit den besten Wünschen für weitere erfolgreiche Arbeit im Dienste nationalsozialistischer geistiger Erneuerung des deutschen Volkes. (gez.) Adolf Hitler".

Hohe Auszeichnung Dr. Schachts in Sofia.

Sofia, 16. Juni. Bei der Audienz, die König Boris am Dienstag dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gewährte, zeichnete er diesen mit dem Hl.-Alexander-Orden I. Klasse aus.

Tagung der deutschen Akademie für Bauforschung.

Hamburg, 16. Juni. Die Tagung für wirtschaftliches Bauen der deutschen Akademie für Bauforschung wurde am Dienstag fortgesetzt. Ministerialrat Professor Dr. Fr. **Schmidt**-Berlin, Abteilungsdirigent im Reichs- und Preußischen Arbeitsministerium, sprach über den Wohnungs- und Siedlungsbau in den ost- und südeuropäischen Ländern und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Direktor **Wagner**-Sorau behandelte den Einfluß der veränderten Weltwirtschaftslage auf den deutschen Siedlungsgedanken.

Die Arbeitstagung trat dann in ihren zweiten Abschnitt ein, der die Beziehungen zwischen Luftschutz und Bauwesen aufzuzeigen bestimmt war. Professor Dr. Ing. W. **Gehler**-Dresden sprach über „bauliche Ausbildung und Versuchstechnische Prüfung von versteiften Branddecken im Luftschutz".

Ueber die Erfahrungen und Lehren, die für das Bauwesen aus der Explosionskatastrophe in Oppau im Jahre 1921 gezogen werden können, berichtete Dr. Ing. Karl **Doering**-Ludwigshafen.

Dipl. Ing. **Winter**, Referent im Reichsluftfahrtministerium, sprach über „konstruktive Maßnahmen im baulichen Luftschutz".

Präsident **Stegemann**-Leipzig schloß darauf die Tagung mit einem Dank an das Reichsarbeitsministerium und das Reichsluftfahrtministerium sowie an die Stadt Hamburg für ihre Mitarbeit an dieser Tagung.

Berlins Zeitschriftenverleger tagen.

Berlin, 16. Juni. Zum ersten Male seit Bestehen des Reichsverbandes der deutschen Zeitschriften-Verleger trat die Landesgruppe Berlin zu einer Tagung zusammen. Die Teilnahme von rund 800 vorwiegend Berliner Zeitschriftenverlegern einschließlich ihrer leitenden Gefolgschaftsangehörigen bewies die weitreichende einschneidende Bedeutung der jüngsten Anordnung des Präsidenten der Reichspressekammer zur Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitschriftenverlagswesens vom 30. April 1936. Diese stand mit ihrem umfassenden Fragenkomplex im Vordergrund der Besprechungen.

Dr. **Dietz** behandelte ihre einzelnen Punkte mit gründlicher Durchleuchtung der praktischen und verlegerischen Zusammenhänge. Nach einem angeregten Meinungsaustausch ergriff der stellvertretende Leiter, Oberführer NSKK Alfred **Hoffmann**, das Wort, um die geschichtliche Bedeutung der neuen Anordnung für das kulturelle Schaffen der deutschen Zeitschriften hinsichtlich herauszustellen. Durch sie seien endlich alle Voraussetzungen geschaffen, um die Erfüllung der großen Aufgaben der Zeitschrift in ideeller und wirtschaftlicher Hinsicht freie Bahn zu schaffen. Dank der Anordnung des Präsidenten Amann verschwinde jetzt der Begriff des Regieverlegers, denn die Anordnung sorge dafür, daß künftig die verlegerische Aufgabe an erster Stelle stehe. Auch dem Vorwurf, daß es noch reaktionäre Zeitschriftenverleger gäbe, könne energisch entgegengetreten werden, denn der Präsident der Reichspressekammer verfüge über die genügende Disziplinargewalt, derartige Elemente zu beseitigen. Die Zeitschriftenverleger seien sich ihrer Aufgabe bewußt, sich als wahre kulturmittler ohne Fehler und ohne Hemmung für die vom Führer und vom Vaterland gestellten Aufgaben mit ganzem Können, aber auch mit ganzer Verantwortung ihrer Existenz einzusetzen. In diesem Sinne brachte er ein Sieg-Heil auf den Führer aus.

An den Präsidenten der Reichspressekammer, Amann, wurde folgendes Telegramm gesandt:

„In dankbarer Anerkennung des durch Ihre jüngste Anordnung geschaffenen Beitrages zur Sicherung einer unabhängigen Zeitschriftengestaltung und Leistungssteigerung im Sinne nationalsozialistischen Kulturschaffens übersendet die Landesgruppenversammlung Groß-Berlin des Reichsverbandes der deutschen Zeitschriften-Verleger Ihnen herzlichste Grüße."

Italien erwartet vorbehaltlose Abschaffung der Sanktionen.

Rom, 16. Juni. In der Frage der Abschaffung der Sanktionen sind am Dienstag die Londoner und Pariser Korrespondenten der römischen Morgen- und Mittagsblätter wieder zuversichtlicher. Man betont zwar weiterhin, daß im englischen Kabinett noch starke Meinungsverschiedenheiten vorhanden seien, aber sowohl in London wie in Paris bekomme man immer mehr den Eindruck, daß die Stunde der Entscheidung im Sinne einer Aufhebung der Sanktionen herannahe.

Die Antwort, die Eden am Montag im Unterhaus gab, wonach er bei der allgemeinen Aussprache „den Gesichtspunkt der Regierung betreffend die Aktion darlegen werde, die kollektiv bei den Tagungen des Rates und der Völkerbundsversammlung entfaltet werden müsse", wird in der italienischen Presse ziemlich günstig aufgenommen, wenngleich **Messaggero** auch wieder Bedenken über die Form der Genfer Beschlußfassung anmeldet, die so gehalten sein müsse, daß eine sofort wirksame Wiederaufnahme der normalen Beziehungen mit Italien möglich sei. Man gebe sich nach hier und dort der Täuschung hin, die geschichtliche Bedeutung einer kollektiven Absage des Sanktionsexperiments durch Vorbehalte und ähnliches abzuschwächen, die in keiner Weise am Platze, sondern nur geeignet seien, die internationale Spannung auch nach dem tatsächlichen Widerruf der Sanktionen zu verlängern.

Tevere spricht von der „Sandbose, die zurzeit in schwindelerregender Weise alle Argumente für und wider die Abschaffung der Sanktionen aufgescheucht habe, um sie schließlich über Genf abzuleeren". Italien, das sich allein seine Zukunft erobert habe und gewonnen sei, sie nach dem vorgezeichneten Plan zu gestalten, könne jedoch dieser Redeschwall nichts anhaben.

Neue italienische Absfinienschrift an den Völkerbund.

Rom, 16. Juni. Im italienischen Außenministerium wird, wie in hiesigen politischen Kreisen verlautet, ein neues diplomatisches Schriftstück zur Haltung Italiens gegenüber Abessinien ausgearbeitet, das dem Völkerbundssekretariat für die bevorstehende Tagung zugestellt werden soll. Das Dokument wird nochmals den italienischen Standpunkt begründen und soll ihn durch neue Argumente gegen die Verurteilung Italiens als Angreiferstaat noch ergänzen.

Französischer Antrag auf Aufhebung der Sanktionen.

Paris, 16. Juni. Der rechts-gerichtete Abgeordnete Soulier (Republikanische Vereinigung) hat in der Kammer einen Entschließungsantrag eingebracht, der die Regierung auffordert, sofort die Sanktionen gegen Italien aufzuheben und den gelamten Völkerbund zu der gleichen Entscheidung zu veranlassen.

Französischer Kabinettsrat am Mittwoch.

Paris, 16. Juni. Der französischen Minister treten am Mittwoch nachmittag zu einem Kabinettsrat zusammen, der über die nächste Gruppe der angekündigten Gesetzentwürfe beraten soll. Diese Gesetze betreffen das Weizenamt, die Reform der Satzungen der Bank von Frankreich und die Verstaatlichung des Waffenhandels und der Waffenerzeugung.

Der Finanzminister wird den Inhalt seiner Rede darlegen, die er am Donnerstag nachmittag über die finanzielle Bilanz der letzten Regierungsperiode halten wird. Außenminister Delbos wird über die Unterredungen, die er in den letzten Tagen mit zahlreichen diplomatischen Vertretern gehabt hat, und über die außenpolitische Lage einen Bericht geben.

Wahrscheinlich wird sich der Kabinettsrat auch mit der am 26. Juni in Genf einzunehmenden Haltung befassen. Schließlich wird er noch einmal die Angelegenheit der Kampfverbände und die Frage der Anwendung der Gesetze gegen die militärähnlichen Verbände prüfen.

Am Donnerstag vormittag wird ein neuer Kabinettsrat stattfinden und am Nachmittag vor dem Beginn der Kammersitzung wahrscheinlich ein Ministerrat.

Eine Erklärung Delbos'.

Paris, 16. Juni. Außenminister Delbos erklärte am Dienstag im Senat auf die Frage, wann eine Aussprache über die Sanktionen gegen Italien stattfinden könne, daß die Regierung zu Beginn der nächsten Woche, spätestens aber am Donnerstag, die notwendigen Erklärungen geben werde.

Neuer Vorsitzender des auswärtigen Kammerausschusses.

Paris, 16. Juni. Zum Vorsitzenden des auswärtigen Ausschusses der Kammer ist der Radikalsozialist Mistier einstimmig gewählt worden.

Vorsitzender des Heeresausschusses der Kammer wurde der rechtsgerichtete Abgeordnete Guy la Chambre mit 26 gegen 7 Stimmen.

Lord Ponsonby gegen Baldwin.

London, 16. Juni. In einer am Dienstag vor einem Freundeskreis gehaltenen Rede erklärte Lord Ponsonby, man müßte eigentlich den Kriegsminister Duff Cooper, der „ein gefährlicher Bangemacher" sei, in Verwahrung nehmen. Er bezog sich dabei auf die Rede Coopers vom Montag, in der dieser die Pazifisten angegriffen hatte. Der Redner wurde von beifallspendenden Zurufen „Das geschieht ihm Recht" unterbrochen, als er Cooper weiter persönlich scharf angriff.

Auf ein anderes Thema übergehend, sagte Lord Ponsonby, daß eines der größten Mißgeschicke auf den Mangel an Führung zurückzuführen sei. „Heute können wir einen Ministerpräsidenten der mit verlogenen Lippen auftritt, nicht gebrauchen". Der Ministerpräsident sei ein Mann, der seine Politik genau bekannt geben müsse, damit sie entweder unterstützt oder angegriffen werden könne.

Keine Abwertungsabsichten in der Schweiz.

Bern, 16. Juni. Bei der Behandlung der eidgenössischen Staatsrechnung für das Jahr 1935 gab der Finanzminister im Nationalrat eine Erklärung über den Stand des schweizerischen Kapitalmarktes und die Währungsfrage ab. Er unterstrich dabei, daß an allen Gerüchten für die Möglichkeit einer Abwertung des Schweizer Franken kein wahres Wort sei, und daß sowohl die Regierung wie die Nationalbank fest entschlossen seien, an der heutigen Währung festzuhalten. Die Nationalbank habe bis heute die Goldwährung mit allen Konsequenz durchgeführt und kräftig verteidigt. Der Bundesrat, der selbstverständlich mit größter Aufmerksamkeit alle Wandlungen und Ereignisse des internationalen Währungswesens verfolge, habe diese Politik gebilligt und unterstütze sie. Er sei darin bis heute immer einer Meinung gewesen. Er glaube auch jetzt mit der Nationalbank, daß diese Politik der Gesamtheit des Schweizer Volkes am besten diene.

Die „Reichspost" über die Habsburger Frage.

Wien, 16. Juni. Die Reichspost widmet der Habsburger Frage einen Leitartikel, dem in journalistischen Kreisen Bedeutung zugemessen wird. Was ihn veranlaßt hat, zeigt die Feststellung des Blattes, „daß sich im Ausland die Gerüchte über die Vorbereitung einer monarchistischen Restauration in Oesterreich verdichten"; ja der Gedanke an eine Habsburger Restauration flöße anderen Regierungen solche Sorge ein, daß sie unterwünschte militärische Abmachungen für einen solchen Fall treffen zu müsse glauben. „Zunächst muß festgestellt werden", so schreibt das Blatt, „daß die Ursache nicht in der Tätigkeit der österreichischen Regierung gesucht werden kann. Die Bundesregierung ist im Innern mit dem Aufbau des ständischen Verfassung vollauf beschäftigt. Auf keinen Fall würde sich eine monarchistische Restauration in der Form eines Putsches vollziehen. Von diesem Standpunkt muß man also alle Gerüchte über eine Aufrichtung der Monarchie in Oesterreich als haltlose Kombinationen bezeichnen."

Nach diesem Dementi, das gewissermaßen nur eine rhetorische Einleitung darstellt, fährt der Artikel in Gedankengängen fort, die eher auf eine Bekräftigung der Gerüchte hinauslaufen. Das Blatt schreibt nämlich: „Der tiefere Anlaß solcher Gerüchte ist allerdings eine Erscheinung, die von der österreichischen Regierung in vollem Maße beachtet zu werden verdient. Es ist die sich in weiten Volksschichten immer stärker machende Neigung zur monarchistischen Staatsform. Es ist selbstverständlich, daß sich dieser Wunsch nach Wiederherstellung der landesfürstlichen Gewalt nur an den legitimen Erben des angestammten Erbhauses wendet.

Wenn die überwiegende Mehrheit des österreichischen Volkes eines Tages in irgend einer verfassungsmäßigen Form den Willen nach der Rückkehr zur Monarchie kundgeben sollte, so wäre dies eine rein innere Angelegenheit Oesterreichs, die mit irgendwelchen Phrasensprüchen außerhalb der Grenzen des österreichischen Bundesstaates nicht nur nicht das geringste zu tun hätte, sondern auch jedes möglichen Zusammenhanges derartiger Ansprüche von vornherein entkleidet werden würde. So klar die Linie zwischen ausschließlich österreichischen Angelegenheiten und fremden Angelegenheiten gezogen wird, so entschieden muß jeder Versuch einer Einmischung in rein österreichische Angelegenheiten abgelehnt werden. Es besteht für Oesterreich keine internationale Verpflichtung, die es hindern könnte, seine Staatsform nach freiem Ermessen zu wählen; ebensowenig aber, die es Oesterreich verböte, wenns es sich für die Einrichtung der Monarchie entschlösse, als Träger der Krone den Erben des Hauses Habsburg-Lothringen zu berufen."

Vizekanzler Baar-Barenfels über die Frontmiliz.

Wien, 16. Juni. Am Dienstag erklärte der Führer der Frontmiliz, Vizekanzler Baar-Barenfels, vor Vertretern der Auslandspresse, daß eine Entwaffnung des bisherigen Wehrformationen nicht in Frage komme. Die wirklich waffenfähigen Mitglieder dieser Organisationen würden geschlossen in die Frontmiliz übernommen, wo sie auch, jedenfalls in den Städten, weiter als geschlossene Formationen bestehen bleiben sollen. Auf dem Lande würden aber die verschiedenen Formationen, wie Heimwehr, Christlich-Deutsche Sturmscharen und Freiheitsbund, zu einem einheitlichen Gebilde zusammengefaßt werden. Alle Mitglieder der Frontmiliz bekämen die gleiche Uniform, jedoch Abzeichen, die an ihre frühere Wehrformationen erinnerten. Die Gesamtzahl der Mitglieder der Frontmiliz werde ungefähr 100 000 betragen.

Die Frontmiliz werde neben dem Bundesheer bestehen, ähnlich wie die faschistische Miliz in Italien neben dem Heer, aber in enger Anlehnung an das Bundesheer arbeiten. Der Eintritt sei völlig freiwillig. Ebenso sei auch jederzeit der Austritt möglich.

Im Kriegsfall unterstehe die Frontmiliz dem Bundesheer. Sie werde in drei Gruppen gegliedert:

1. die Jägermiliz, das seien die normalen Dienstpflichtigen,
2. die Standmiliz, das seien die älteren Jahrgänge, die für den Etappendienst in Frage kämen und
3. die Sondermiliz, wie z. B. Eisenbahnmiliz, Luftschutzmiliz und dergleichen.

Wenn die Finanzlage es erlaube, sollen gegen 3000 Milizangehörige dauernd unter Waffen gehalten werden. Der Dienst werde in erster Linie in militärischen Schulungskursen und vorübergehenden Einziehungen für einige wenige Tage, durchgeführt werden. Die Kosten der Miliz würden im ordentlichen Haushalt aufgenommen werden, doch hoffe man, auch durch freiwillige Spenden einige Zuschüsse zu bekommen.

Ueberfall auf den Sender Jerusalem.

Jerusalem, 16. Juni. Auf den Sender Jerusalem wurde ein Ueberfall unternommen, der jedoch abgewehrt werden konnte. Auf den Flughafen von Lydda wurde eine Anzahl Schüsse abgegeben. Ein Lagerhaus, das Material für die drahtlose Empfangs- und Sendestation für den internationalen Flugverkehr enthielt, wurde in Brand gesteckt.

Bei Beersheba ist eine Judensarm infolge von Brandstiftung niedergebrannt.

15 Jahre Zuchthaus für einen Massenbrandstifter.

München, 16. Juni. Der Massenbrandstifter Ludwig Vodt aus Friesheim wurde am Dienstag vom Schwurgericht Regensburg entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts zur höchstzulässigen Strafe von 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Außerdem wurde gegen ihn die Sicherungsverwahrung ausgesprochen. Gleichzeitig wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren abgesprochen.

Vodt hatte über zehn Jahre lang an zahlreichen Ortschaften, besonders in Friesheim, zahlreiche Brandstiftungen verübt und dabei einen nachgewiesenen Schaden von mindestens 270 000 Reichsmark angerichtet.

Berichtigung.

Wir bitten die Schriftleitungen davon Kenntnis zu nehmen, daß der Name des verurteilten Ordensbruder im Koblenzer Prozeß (Nachmittags-Ausgabe Nr. 780 vom 16. 6.) Angelinus heißen muß.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.

UNIVERSITY OF CALIFORNIA
AT LOS ANGELES